die Agitation ist dadurch belebt worden! Die immer weiter umsichgreifende tiefgehende Unzufriedenheit über die schlimmen wirtschaftlichen und politischen Zustände ist eben mit den gewöhnlichen Polizei-Reglements und mit Strafverfügungen nicht zu bekämpfen. Die Naturnotwendigkeit liegt dieser Unzufriedenheit zu Grunde, sie macht sich eben Luft, kann sie es nicht nach der einen Richtung hin, dann aber sicher nach der andern; die letzte Zufluchtsstätte aller Bedrückten ist eben unsere Partei. Daran können nur politisch kurzsichtige Kreaturen zweifeln.

Im Vordergrunde der Agitation stand und steht ja auch heute noch der energische Kampf gegen die Unersättlichkeit der deutschen Großgrundbesitzer, der Kampf des Volkes um sein Brot! Die sächsische Sozialdemokratie war sich der Thatsache bewußt, daß sie innerhalb der grün-weißen Grenzpfähle die alleinige Oppositionspartei gegen die Lebensmittelverteuerung darstellt und das Vertrauen des sächsischen Volkes dadurch am besten rechtfertige, wenn sie unerschrocken und zielbewußt auf dem Plane erschien und der Habgier der Agrarier Einhalt gebot. Die radikalen bürgerlichen Parteigruppen können den Brotwucher nicht wirksam bekämpfen, sie sind zu schwach und hinter einigen zahnlosen Feldwebeln von ihnen stehen keine Soldaten mehr — sie haben ihre Wiederbelebung auch längst aufgegeben. Die Gefechtslinie in diesem Kampfe war klar: Hier die Sozialdemokratie mit dem Volke — dort die einflußreiche konservative Hofratsklique mit dem lendenlahmen antisemitischen Anhängsel. Hier die Parole: Nieder mit dem Lebensmittelwucher! — dort: Hoch die Volksausbeutung! Ein frischer Kampf der neuen gegen die alte Weltanschauung. Und wahrlich: Wir haben uns tapfer geschlagen. Die alten sowie die jungen Kräfte in unserer Partei wetteiferten in edler Begeisterung im Vorwärtsstürmen! Die Indifferenten aufzuklären, die Wankelmütigen zum Stehen zu bringen, die Hoffnungslosen mit neuem Mut zu beleben, Männer und Frauen dabei mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen, dies war unsere schöne Aufgabe. Sehen wir zu, wie wir dieser Aufgabe gerecht geworden sind:

Versammlungen wurden gegen den Brotwucher abgehalten:

87	im Dresdner Bezirk	mit ungefähr	16 000	Besuchern
21	„ Leipziger	„ „ „	21 000	„
51	„ Chemnitzer	„ „ „	29 500	„
47	„ Zwickauer	„ „ „	26 000	„
206	Versammlungen	mit ungefähr	126 100	Besuchern.

Unterschriften gegen den Brotwucher wurden abgegeben: Im

1. Kreise	14 455	12. u. 13. Kreise	113 908
2. „	15 671	14. Kreise	8 322
3. „	7 191	15. „	22 187
4. „	12 132	16. „	39 521
5. „	22 135	17. „	24 727
6. „	31 434	18. „	38 862
7. „	9 508	19. „	28 691
8. „	8 126	20. „	13 692
9. „	7 324	21. „	8 180
10. „	15 804	22. „	22 061
11. „	7 629	23. „	11 300

In Summa 482 860 Unterschriften! Das ist eine Verurteilung des Brotwuchers durch den Richterspruch des Volkes. Leider muß aber auch konstatiert werden, daß mehrere Reichstagswahlkreis-Organisationen ihre Pflicht bei dieser Protestbewegung nicht so erfüllt haben, wie wir wohl verlangen konnten. Das Resultat wäre noch bedeutend besser geworden, wenn man sich Mühe gegeben hatte, zum mindesten unsere Stimmenzahl durch die Zahl der Unterschriften ganz bedeutend zu übertreffen.

Das vom Zentralkomitee auf Beschluß der letzten Landeskonferenz herausgegebene Flugblatt „An Sachsens Volk" ist in einer Auflage von 740 000 Exemplaren in allen Kreisen verbreitet worden. Außerdem ist das vom Parteivorstand in Berlin herausgegebene Flugblatt „Was kosten uns die Junker?" in einer Reihe von Wahlkreisen ebenfalls in beträchtlicher Auflage zur Verteilung gelangt.

Damit war aber der Kampf gegen den Brotwucher noch nicht erschöpft. Unzählige gegnerische Versammlungen (im Dresdner Bezirk allein 34) wurden von sozialdemokratischen Rednern aufgesucht, um auch dort unsere Ideen zum Ausdruck zu bringen. Alles in allem: Die Aufmunterung der indifferenten Masse ist bei der Diskussion über die Getreidezollerhöhung von der sächsischen Sozialdemokratie eifrig besorgt worden.

Im Zusammenhang mit einer so umfassenden Agitation stand auch die Referentenfrage. Es ist selbstverständlich, daß alle rednerisch thätigen Parteigenossen auf dem Posten waren. Doch bei so vielen Versammlungen ist die Besorgung von Rednern äußerst schwierig, schon deswegen, weil fast alle Versammlungen unter der Landbevölkerung nur Sonnabends und Sonntags stattfinden können. Das Zentralkomitee mit den Agitationskomitees hat öfters über die Referentenbesorgung verhandelt und man einigte sich dahin, die Redner der einzelnen Komitees möglichst auszutauschen. Auf diese Weise konnte alles glatt erledigt werden, keine einzige Beschwerde ist in dieser Hinsicht im verflossenen Jahre erhoben worden.

Der bei der Landbevölkerung zu einem lieben Freunde gewordene Agitations-Kalender ist ebenfalls wieder in einer Auflage von 90 000 Exemplaren verbreitet und überall gut aufgenommen worden. Notwendig ist es, daß ihm die einzelnen Kreise mehr Beachtung schenken, namentlich im laufenden Jahre, wo er uns zu den nächsten Reichstagswahlen ganz gute Dienste leisten wird. Der Preis ist ja auch so niedrig gestellt, daß man wahrhaftig nicht nötig hat, allzu knauserig mit diesem guten Agitationsmittel zu sein.

Die Flugblätter, die anläßlich der Landtags- und Gemeinderatswahlen verbreitet wurden, belaufen sich ebenfalls auf viele Hunderttausende. Versammlungen zu diesen Zwecken fanden auch überall statt, wo wir uns an diesen Wahlen beteiligten.

Um die Beschlüsse des Mainzer Parteitages zur Ausführung zu bringen, insbesondere um die Forderung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes eifrig zu propagieren, fanden eine ganze Anzahl von Arbeiterinnen-Versammlungen in fast allen größeren Industrieorten Sachsens statt. Durch diese Agitation sind die politischen sowohl als die gewerkschaftlichen Organisationen durch weibliche Mitglieder verstärkt worden. — Wir sehen also, daß in Bezug auf agitatorische Leistungen das verflossene Jahr eines der erfolgreichsten war.

Von den Zöllnern.

Die Zolltarifkommission hat die beiden Tage, die ihr das Plenum freigelassen hat, weidlich ausgenutzt und am Dienstag und Mittwoch sowohl vormittags wie nachmittags verhandelt. An beiden Tagen war die Regierung genötigt, Erklärungen abzugeben; da Graf Posadowsky erkrankt ist, sprangen der den Agrariern verhaßteste Staatssekretär v. Thielmann und der ebensowenig beliebte preußische Handelsminister Möller für ihn ein.

Am Dienstag sagte Freiherr v. Thielmann, daß jeder einzelne der Sätze der Regierungsvorlage über die Getreidezölle das Aeußerste sei, bis zu dem die Regierung gehen könne. Ein Vertreter der bayrischen Regierung erklärte sich gegen eine Erhöhung der Gerstenzölle über den Tarif hinaus. Landwirtschaftsminister v. Podbielski versicherte, der Tarifentwurf enthalte alles, was er als Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen für durchführbar halte.

Diese Erklärungen haben die Agrarier in hohem Grade erregt; sie schickten deshalb am Mittwoch sofort einen ihrer obersten Führer, den Grafen Schwerin-Löwitz, Vorsitzenden des deutschen Landwirtschaftsrats, vor; er versuchte den unmöglichen Nachweis der Notwendigkeit von Wucherzöllen für die Landwirtschaft zu liefern und fuhr dann fort: Mindestens hätte die Regierung vermeiden müssen, in einem so frühen Stadium eine so schroff ablehnende Antwort zu geben. Sie ist erfolgt, bevor eine eigentliche Begründung der Anträge erfolgen konnte. Sollte sich die Regierung nicht auf die im Kompromißantrag vorgesehlagenen Sätze einlassen, **so werden wir lieber den ganzen Tarif scheitern lassen.** Die Stellung der Regierung wird dann unhaltbar, indem sie nur eine demokratische Minderheit für sich, die Mehrheit im Volke und in den gesetzgebenden Körperschaften aber gegen sich hat. Ich muß für meine Freunde erklären, daß sie die Verpflichtung, für Handelsverträge zu stimmen, in denen die Sätze des Minimaltarifs enthalten sind, nicht übernehmen, sondern bei der jetzigen Alternative ein **vollständiges Scheitern des Entwurfs als das geringere Uebel** ansehen verglichen mit einer langfristigen Bindung der Zollsätze.

Preußischer Handelsminister Möller: Die Regierung ist zu ihrer Erklärung gekommen, weil die Sätze im Tarif das höchste sind, was sich erreichen läßt. Die Regierung hat aber das Interesse des ganzen Volkes im Auge. Handelsverträge sind notwendig, sonst würden Hunderttausende von Arbeitern die Arbeit verlieren und darunter würde auch die Landwirtschaft leiden.

In der Nachmittagssitzung am Mittwoch nahm zunächst unser Parteigenosse Abg. Stadthagen das Wort, um nochmals alle unsere durchschlagenden und von niemandem erschütterten Gründe gegen die Wucherzölle auf Getreide vorzutragen. Sodann gab der sächsische Bevollmächtigte, Finanzminister Rüger, die Erklärung ab, daß auch die sächsische Regierung auf dem Boden der Vorlage stehe und stehenbleiben werde.

Der Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Spahn, führte, nachdem der Ausgang der Verhandlungen für diesmal durch die Debatten klargestellt worden war, den üblichen Eiertanz, recht wenig elegant, auf. Er meinte, die Unterzeichner des Kompromißantrages seien jetzt nicht gewillt, nachzugeben. In der Kommission könne man erst die höheren Sätze beschließen, dann könne man unterhandeln. Erklärungen, wie sie namentlich Graf Posadowsky abgegeben hat, seien ungehörig. Warum sei der Reichskanzler nicht selbst zur Stelle? Liege nur ein Kompromiß zwischen den Einzelstaaten vor? Nach Beendigung der ersten Lesung werde man noch einmal die Regierungen der Einzelstaaten befragen müssen, vielleicht erreiche man dann ein anderes Resultat.

Endlich kam man zu der mit großer Spannung erwarteten ersten **Abstimmung:**

1. Der **Antrag Bebel** auf Beseitigung aller Lebensmittelzölle wird abgelehnt, soweit die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer darin in Frage kommen. Dafür stimmen nur die vier Sozialdemokraten. Die übrigen Teile des Antrags Bebel kommen bei den entsprechenden Tarifpositionen zur Abstimmung.

Vor der Abstimmung über den Kompromißantrag Herold-Graf Schwerin erklären die Abgg. Frhr. v. Wangenheim (kons.) und Heim (Zentr.), daß sie sich der Abstimmung enthalten würden.

2. Der **Kompromißantrag Herold** wird hierauf in seinem ersten Teile mit **14** gegen **10** Stimmen angenommen. Mit der Mehrheit stimmte der Nationalliberale Sieg. Es fehlten die Abgg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) und Göbel (Antis.). Die Minderheit setzte sich zusammen aus 4 Sozialdemokraten, 3 Freisinnigen und den Nationalliberalen Paasche, Beumer und Blankenhorn. Danach sollen als Minimalzölle in das Tarifgesetz eingestellt werden: für Roggen 5,50 M., für Weizen 6 M., Gerste 5,50 M. und Hafer 5,50 M.

3. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird auch der zweite Teil des Antrags Herold angenommen. Danach sollen in den Zolltarif als Maximalzölle eingesetzt werden: ein Roggenzoll von 7 M., ein Weizenzoll von 7,50 M., ein Gerstenzoll von 7 M. und ein Haferzoll von 7 M.

Damit ist das Zolltarifgesetz und die ersten 4 Positionen des Zolltarifs erledigt.

Im ganzen stehen danach von den 28 Mitgliedern der Kommission 17 der Regierung vom agrarischen Standpunkte aus schroff gegenüber. Auf dem Standpunkte der Regierung stehen vorläufig nur die nationalliberalen Abgg. Beumer, Blankenhorn und Paasche, während sich ihr Fraktionskollege Sieg den Agrariern ganz angeschlossen hat. Die konservative Partei soll schon erwogen haben, die förmliche Vertagung der Kommission zu beantragen. Zunächst ist für diesen Donnerstag die Weiterberatung der anderen Tarifsätze in der Kommission beschlossen worden. Bei den Industriezöllen wird die Mehrheit voraussichtlich beständig wechseln, die Kämpfe werden vielleicht nicht so lebhaft sein, wie bei den Agrarzöllen, aber jäh und zeitraubend, so daß an eine rechtzeitige Fertigstellung des Tarifs gar nicht zu denken ist. Die Freis. Ztg. des Abg. Richter rät denn auch schon der Regierung, ihr Werk einfach preiszugeben. Bebel hat dafür die bessere und deutlichere Formel gegeben: Hinab in den Orkus mit diesem Tarif!

Politische Uebersicht.

Die Nationalliberalen und das Reichstagswahlrecht.

Während der bekannte Kathedersozialist Professor Brentano in München dieser Tage bei einer Vorlesung über das Koalitionsrecht der Arbeiter die in Preußen-Deutschland thatsächlich herrschende Rechtsungleichheit für Unternehmer und Arbeiter scharf geißelte, hat ein anderer akademischer Lehrer an einer deutschen Universität Gedanken über das Reichstagswahlrecht geäußert, die festgenagelt werden müssen.

Der Professor der Nationalökonomie an der Universität Halle, Geheimer Regierungsrat Dr. Johannes Conrad, hat vor einigen Wochen einen Zyklus öffentlicher Vorträge über die soziale Frage begonnen, über die sich der Vorwärts alle Berichterstattung verbat. Jetzt zeigt sich, daß Professor Conrad alle Ursache für seine Scheu vor der Oeffentlichkeit hatte. Er hat jetzt, wie wir unserem Hallenser Bruderblatt entnehmen, in seinem letzten Vortrag Ansichten vorgetragen, die für die Beurteilung seiner, der nationalliberalen Partei außerordentlich wertvoll sind. Im Reichstag, in Versammlungen und bei anderen Gelegenheiten haben die Führer der nationalliberalen Partei stets — häufig mit Emphase — sich gegen den Vorwurf verwahrt, sie seien Feinde des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für den Reichstag. Herr Conrad hat nun am Donnerstag diese Beteuerungen Lügen gestraft. Er ist nicht nur bereit, das Reichstagswahlrecht in reaktionärem Sinne zu ändern, er hält eine solche Aenderung für eine Selbstverständlichkeit.

In zwei Vorträgen beschäftigt sich Conrad mit der Sozialdemokratie. Er hält die Sozialdemokratie und ihre Agitation für beklagenswert und gefährlich, „weil sie bewußt und methodisch die Ruhe und Zufriedenheit der unteren Klassen stört, den Arbeitern goldene Berge verspricht und ihnen das Bewußtsein raubt, daß der Mensch nur durch Arbeit glücklich werden kann; weil sie Haß und Mißgunst in den unteren Klassen züchtet". Eine politische Gefahr sieht Herr Conrad in der Sozialdemokratie nicht; er bedauert, daß sie von allen Seiten überschätzt werde. Es sei beklagenswert, daß viele sich vor einer weiteren Ausbreitung der sozialdemokratischen Partei bängen, sich ängstlich die Frage vorlegen, was dann werden solle, wenn die Zahl ihrer Vertreter im Reichstage

---

Frau Hedwig errötete geschmeichelt. „Nun, ich will sehen, was sich thun läßt. Vielleicht im nächsten Winter. Ich habe geschworen, etwas Leben in die Gesellschaft zu bringen."

„Im nächsten Winter? Ach, Du lieber Himmel! So lange halte ich es bei Gott nicht aus."

„Passen Sie doch auf, Herr von Klinkenberg. Sie sind dran!" rief Charlotte vom anderen Ende des Spielplatzes her. „Ich habe mir erlaubt, Ihre Kugel inzwischen ein bißchen kalt zu stellen. Ja, nun suchen Sie nur."

Aribert erging sich in Entschuldigungen, suchte seine Kugel und ließ sich dann von seiner Partnerin sagen, was er zu thun habe. Er stellte sich absichtlich ungeschickter an, als er war, nur um das Vergnügen zu haben, sich von ihr necken und herumzerren zu lassen. Sobald er seinen Ball gemacht hatte, stellte er sich in die Mitte des Platzes und rief: „Pardon! einen Augenblick, meine Herrschaften. Ich habe eine brillante Idee. Als Junggeselle und durchreisender Fremder kann ich mich leider nicht für Ihre liebenswürdige Aufnahme revanchieren. Aber ich werde meine Schwester und meinen Schwager, den Major von Meyern, veranlassen, daß er uns in seinem Hause, in der Keithstraße einen kleinen Sommerball arrangiert. Das gnädige Fräulein muß doch endlich einmal die Ballweihe empfangen. Ich biete mich gehorsamst zum Paten an." Und er verbeugte sich tief gegen Charlotte.

„Ach! nur meinetwegen wollen Sie das arrangieren?" versetzte die ein wenig spitz.

Frau Hedwig klatschte etwas übertrieben kindlich in die Hände und jubelte: „Ah, bravo, bravo! das ist wirklich eine brillante Idee. Heini, Du bist ganz still! Du darfst uns nicht den Spaß verderben."

Der Doktor trat näher und sagte etwas zurückhaltend: „Das will ich auch durchaus nicht. Aber wir kennen ja die Herrschaften gar nicht. Wir können uns doch nicht so aufdrängen."

„Aufdrängen? Wo denken Sie hin, mein bester Herr Doktor," rief Aribert großartig. „Das macht sich ja ungeheuer einfach! Wir treffen uns in den nächsten Tagen einmal irgendwo in Berlin — sagen wir im Ausstellungspark. Ich bringe Meyers mit, und die Bekanntschaft ist gemacht. Mein Schwager und meine Schwester werden entzückt sein."

Dagegen konnte Herr Schönbeck, ohne unhöflich zu erscheinen, nicht viel einwenden und so galt denn diese Sache vorläufig als abgemacht. Das Spiel nahm seinen Fortgang und endete schließlich, Dank der großen Geschicklichkeit Frau Prümmers, die alle Sünden ihres Partners wieder ausglich, mit dem Siege von Rot und Grün. Charlotte ging ins Haus, um nach dem Abendbrot zu sehen, und ein glücklicher Zufall wollte es, daß gleich darauf auch das Hausmädchen den Doktor abrief. Sein Vater wünsche mit ihm zu sprechen.

So blieb denn der Junker Aribert mit seiner reizenden Witwe allein. Sie wandelten nebeneinander dem schattigsten Teil des Gartens zu, wo ein dicht zugewachsener Laubgang bis an das Ufer des Sees hinunterführte. Jetzt galt es, die gute Gelegenheit zu benützen. Die Augenblicke waren kostbar und man durfte sich nicht lange bei der Vorrede aufhalten.

Sobald sie in dem Laubengang angekommen waren, in welchem trotz der frühen Abendstunde schon eine wahrhaft kuppelerische Dämmerung herrschte, seufzte Aribert vielsagend und sah die junge Frau schmachtend von der Seite an.

„Was haben Sie denn? Hat Sie das Spiel so angegriffen?" neckte Frau Prümmer.

Und er erwiderte in zärtlich abgedämpften Tönen: „O nein, mit einer solchen Partnerin könnte ich im Gegenteil ewig spielen. Wer Ihren Farben folgt, schöne Frau, der ist ja immer des Sieges gewiß."

Frau Prümmer wurde rot, räusperte sich und sagte dann rasch: „Ich glaube, mein Papa angelt noch immer. Wollen wir ihm nicht vielleicht zusehen?"

„Um Gotteswillen, nein!" rief Aribert entsetzt. „Verschonen Sie mich jetzt nur mit Fischen. Ich hasse diese kaltblütigen Bestien. Der Abend ist so warm — und die Stimmung auch, finden Sie nicht? Der Tag war so schön — so schön! Ueberkommt Sie nicht auch jedesmal, wenn die Sonne nach einem solchen Tage blutrot untergeht, so etwas wie Abschiedswehmut?"

„Wenn die Sonne blutrot untergeht, das soll so eine Reihe von schönen Tagen bedeuten," versetzte sie lächelnd.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020227/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG